

Nie wieder ist jetzt!

Entschlossen gegen Antisemitismus und Israelhass.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist in Israel nichts mehr, wie es einmal war. Die barbarischen Angriffe der islamistischen Terrororganisation Hamas und deren abscheuliche Verbrechen an unschuldigen Kindern, Frauen und Männern in Israel lassen uns auch heute noch fassungslos zurück. An keinem Tag seit dem Ende der Shoah wurden so viele Menschen ermordet – aus dem alleinigen Grund, weil sie Juden waren. Das Bangen um die Geiseln hält bis zum heutigen Tage an.

Mit ihren brutalen Angriffen hat die Hamas einen neuen Krieg im Nahen Osten entfesselt und auch die Menschen im Gazastreifen in eine zerstörerische Auseinandersetzung gestürzt. Tausende von ihnen bezahlen dafür mit dem Leben. Hunderttausende sind auf der Flucht. Die Berichte und die Bilder, die uns aus dem Gazastreifen erreichen, bewegen uns.

Am 7. Oktober wurde auch weltweit blanker Hass auf die Straßen und im Internet ausgekippt. Lauthals wurde zur Auslöschung Israels und zur Vernichtung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur aufgehetzt. Antisemiten verteilten Süßigkeiten auf den Straßen, um die Morde zu feiern. Seit dem 7. Oktober leben Jüdinnen und Juden wieder weltweit in Angst.

Für uns steht fest: Die Menschen in Israel haben - wie jede und jeder - ein unumstößliches Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Israel hat das Recht und die Verpflichtung gegenüber seiner Bevölkerung, sich gegen den Terror der Hamas zu verteidigen. Das Existenzrecht des Staates Israel ist für uns nicht verhandelbar. Wir Christdemokraten stehen fest an der Seite Israels.

Dass jüdisches Leben in Deutschland wieder gedeiht, ist aus unserer christdemokratischen Sicht ein großes Geschenk für unser Land. Es ist das große Verdienst von Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, dass sich Deutschland und Israel bereits 15 Jahre nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Schrecken der Shoah annähern konnten. Aus diplomatischen Beziehungen erwuchs eine Partnerschaft und später eine tiefe Freundschaft zwischen beiden Ländern. Es waren vor allem Christdemokraten – allen voran Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Kohl und Angela Merkel – die nie einen Zweifel an ihrer Verbundenheit mit Israel gelassen haben. Heute verbindet uns mit unseren israelischen Partnern und Freunden längst viel mehr als unsere schmerzvolle Geschichte. Wir stehen für die gleichen Werte ein – für Demokratie, Freiheit und die universellen Menschenrechte.

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel sind der Antisemitismus und israelfeindliche Hass massiv angestiegen. Leider auch in Berlin. Mit antisemitischen Parolen wird auch auf unseren Straßen zur Zerstörung des Staates Israel aufgerufen. Hausfassaden werden mit Davidsternen beschmiert. Ein jüdischer Student wird auf offener Straße angegriffen und schwer verletzt. Diese Taten gehören nicht nach Berlin. Dieser Hass passt nicht zu Berlin. Es ist für uns Christdemokraten unerträglich, dass Juden heute, 85 Jahre nach der Reichspogromnacht, wieder Angst haben. Mit der CDU geführten Landesregierung hat Berlin schnell und entschlossen Schritte unternommen, damit dieser Hass eingedämmt wird.

- Berlin zeigt Flagge gegen Antisemitismus
- Berlin geht gegen Antisemitismus an Schulen und Hochschulen konsequent vor
- Berlin duldet keinen Israelhass auf unseren Straßen

Berlin ist die Stadt der Freiheit und Vielfalt. Die kulturelle Vielfalt und Weltoffenheit sind ein wichtiger Teil der Berliner Identität; eine große Stärke und ständige Herausforderung zugleich. Die in Berlin gelebte Vielfalt gelingt aber nur dann, wenn die Grundregeln des Zusammenlebens klar sind und auch konsequent durchgesetzt werden. Wer in unserer Stadt lebt, muss unsere Regeln für ein friedliches Zusammenleben anerkennen. Dazu gehören die Achtung der Menschenwürde, die Akzeptanz des Rechtsstaats sowie Respekt und Toleranz – und für uns ausdrücklich auch die Anerkennung des Existenzrechts und die Sicherheit Israels.

Wer Israel vernichten will, dem Land sein Existenzrecht abspricht oder den Holocaust verharmlost, darf zukünftig keinen Cent deutschen Steuergeldes erhalten. Die CDU Berlin wird sich auf Landesebene und auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass an freie Träger, Initiativen und Vereine in Kultur und Zivilgesellschaft, die sich offen antisemitisch äußern oder mit solchen kooperieren, die sich antisemitisch äußern, keine staatlichen Förderungen mehr vergeben werden. Dafür werden wir in Berlin eine rechtssichere Antisemitismusklausel einführen. Für uns steht fest: Kein Geld für Antisemiten.

Um jüdische Studentinnen und Studenten vor Hass zu schützen, geben wir den Hochschulleitungen in Berlin mit der Novelle des Hochschulgesetzes – ganz im Sinne der Hochschulautonomie – endlich zusätzliche Instrumente an die Hand, die härtere Sanktionen bis hin zur Exmatrikulation vorsehen.

Auch die Berliner Schulen werden wir weiterhin im Kampf gegen Antisemitismus unterstützen. Bereits wenige Tage nach dem 7. Oktober ermöglichte es unsere CDU-geführte Bildungsverwaltung den Schulen, härter gegen israelfeindliche und

antisemitische Hassbekundungen, Symbole und Äußerungen vorzugehen. Wir werden außerdem die politische Bildung und Demokratieerziehung weiter stärken: Unsere Schülerinnen und Schüler müssen über den historischen Nationalsozialismus und über antisemitische und rassistische Denk- und Verhaltensmuster umfassend aufgeklärt werden. Deswegen setzen wir uns schon seit langem für verpflichtende Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten ein und wollen auch den Nahostkonflikt im Rahmenlehrplan der Oberstufe fest verankern.

Wir wollen außerdem, dass Antisemiten und Volksverhetzer härter als bisher bestraft werden und dafür die Lücken im Strafgesetzbuch schließen. Das Leugnen des Existenzrechts des Staates Israel und der Aufruf zur Beseitigung des Staates Israel müssen unter Strafe gestellt werden. Dazu muss Antisemitismus als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung im Strafgesetzbuch eingestuft werden.

Die Instrumente des Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts müssen viel konsequenter als bisher genutzt werden. Jede Straftat, die aus antisemitischem Hass verübt wird, soll zur Ausweisung aus Deutschland und damit zum Entzug des Bleiberechts führen. Wer extremistische Straftaten, insbesondere antisemitische, begeht oder bei wem entsprechend gesicherte Aktivitäten festgestellt werden, dem darf die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verliehen werden. Die Einbürgerung muss zurückgenommen werden, wenn sie durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurde, z.B. durch Abgabe eines falschen Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das glaubhafte Bekenntnis zum Existenzrecht Israels als Ausprägung deutscher Staatsräson ist für uns Voraussetzung für die Einbürgerung. Die CDU wird sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dies gegenüber der nachgelagerten Verwaltungspraxis zum Ausdruck gebracht wird.

Niemals darf sich wiederholen, was in den Jahren des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte geschehen ist. Deshalb werden wir nicht tatenlos zusehen oder schweigen, wenn jüdische Kinder Angst auf dem Schulweg haben, Synagogen angegriffen und Wohnhäuser von Juden beschmiert werden oder Terror auf unseren Straßen verherrlicht wird. Wir Berliner Christdemokraten sagen klar: Wir alle müssen dafür sorgen, dass Menschen jüdischen Glaubens sich in Berlin sicher fühlen können. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. „Nie wieder ist jetzt“ - das gilt nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft.